

Volksblatt

Nummer 155

Donnerstag, den 9. Juni

Jahrgang 1927

Dr. Wirths Antwort.

Dr. Wirth veröffentlicht in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ einen längeren Artikel, den man als eine Antwort auf den sein Verhalten missbilligenden und bedauernden Beschluss des Reichsvorstandes der Zentrumsparlei ansehen muß, zumal er in den Reden, die er in den letzten Tagen gehalten hat, auf diese Kundgebung nicht eingegangen ist, vielmehr seine Drohung wiederholt hat, er werde Gut und Banderl abgeben, wenn man ihn in der Partei nicht mehr haben wolle. Der Parteivorstand hat bekanntlich auf diese auch schon vor seiner Zusage ausgesprochene Drohung nicht reagiert, da er keine Veranlassung sah, dem deutschen Volke einen politischen Märtyrer zu geben. Nunmehr legt also Dr. Wirth auseinander, warum es ihm geht und worauf es ihm ankommt. Wir geben den Inhalt seiner Ausführungen wieder.

Er räumt sich zunächst, daß ihn manchmal Zeitprobleme und daraus fließende große Aufgaben schon quälten und vorwärts treiben, ehe andere davon berührt werden. Er habe immer mehr auf das Leben der Zeitläufe als auf Programme gesehen, er sei kritisch veranlagt, nicht stöpslich. Sein politischer Sinn umfasse das Problem des modernen Arbeitsmenschen im Zusammenhang mit dem demokratischen Staatsbau. „Wie kann ich aber“, sagt er weiter, „Politik machen, wie den Massen nahekommen, wie sie zum Staat, zur res publica, zur Gemeinschaft, zur sittlichen Idee des Staates lenken, wenn der Staat, seine verfassungsmäßige Struktur schwandend ist?“ — Dr. Wirth will also offenbar die Fiktion aufrecht erhalten, daß die deutsche Republik noch nicht gesichert sei. Namhafte Männer der Sozialdemokratie wie Seevering waren auf dem Reichsparteitag zu entgegengesetzter Meinung. Das Gesetz zum Schutz der Republik ist vor wenigen Wochen erst um zwei Jahre verlängert worden.

Dr. Wirth betont weiter, daß er seit Beginn seines politischen Denkens und Lebens „die große Idee der Menschheit in ihrem proletarischen Dasein und in ihrem Emanzipationskampf“ habe. Das Bürgerliche sei ihm um des Menschlichen willen nicht der letzte Ausbruch und die höchste Form der Forderung der menschlichen Gesellschaft. Leben, Doffnung, Zukunft und Freiheit des deutschen Volkes befähige seinen Schritt, bestimme sein politisches Verhalten, und so wie er dächte und schreibe, so wie er lebe und andere. Er habe in den Versammlungen das Volk zu seinem Staat, zum lebendigen Dienst an der sittlichen Gemeinschaft gerufen. Jeder Radikalismus sei von ihm als sinnlos und unfruchtbar verworfen, auch alle politische Sekterei beseitigt worden. Wer im parlamentarisch regierten Volksstaat protestiere, müsse Ansprüche reklamieren. Protest werde staatspolitische Opposition. Parlamentarische Opposition sei kein Spiel und Streit um Worte. Ihre Parole heiße: Durch Protest gegen die Herrschenden und ihren politischen Weg zur Beherrschung, d. h. zur Regierung des Staates. „Kann das nicht“, fragt Wirth, „auch im Zentrum verstanden werden? Ist Widerspruch zu einer Episode in der Zentrumspolitik Verfallung am Staate?“

Hierzu sind einige Bemerkungen geboten. In der Zentrumsparlei ganz allgemein verkennt man keineswegs das soziale Moment, das in Wirths Rede fühlbar eine große Rolle spielt. Dieses Moment ist für die innere Entwicklung Deutschlands außerordentlich wichtig. Keine Partei aber trägt ihn mehr Rechnung als das Zentrum, und gerade die Zentrumsfraktion des Reichstages, mit der Wirth unzufrieden ist, hat auf diesem Gebiete ganz erhebliche Verdienste. Dr. Wirth erkennt das zwar in seinen Reden nicht an, aber er bestreitet es auch nicht und macht auch seiner Fraktion nicht den Vorwurf unsocialer Gesinnung oder unsocialer Betätigung. In socialer Hinsicht denken nicht nur Joos und Dörmann mit ihm gleich, sondern jeder, dem das Zentrumsprogramm maßgebend für seine politische Orientierung ist. Wenn aber Wirth ganz allgemein, wie er es an einer anderen Stelle seines Artikels noch tut, Joos und Dörmann als seine Gesinnungsgenossen hinstellt, so zeigt die parlamentarische und staatspolitische Praxis doch etwas anderes. Joos und Dörmann arbeiten mit in der Zentrumsfraktion des Reichstages, sie treiben eine Opposition gegen die Regierung Marx-Ferg, sie stehen gewiß Wirth unter seinen Parteifreunden wohl am nächsten und bringen weitgehendes Verständnis für seine stürmische Art auf, aber sie billigen sein Verhalten keineswegs. Wir stellen fest, daß der Abg. Joos an der Sitzung des Parteivorstandes teilgenommen hat und daß der Beschluss, der Wirths Verhalten bedauert und mißbilligt, einstimmig angenommen worden ist, daß einstimmig sich der Parteivorstand auch der Erklärung der Badischen Zentrumsfraktion angeschlossen hat. Es gibt also doch einen Unterschied zwischen Joos und Wirth, und wie Dörmanns Mitarbeit in der Fraktion beweist, auch zwischen Dörmann und Wirth. Der Unterschied ist auch keineswegs belanglos. Und wenn Wirth fragt, ob Widerspruch zu einer Episode in der Zentrumspolitik Verfallung am Staate sei, so kann darauf die Antwort nur lauten: Keine s

wegs, aber der hat nicht das Recht zum Widerspruch, der diese Episode mit hat einleiten helfen, der das Zentrumsmanifest, das an ihrem Anfang steht, mitverfaßt hat, der die Zentrumsnationalen vor ihrer Entscheidung in einem langen Artikel des „Berliner Tageblattes“ auf die Bedeutung des Manifestes ausdrücklich aufmerksam gemacht hat und sich zu räumen berechtigt ist, die Zentrumsnationalen auf die Grundlinien dieses Manifestes mitverantwortlich zu haben. Der hat nicht das Recht zum Widerspruch, der gegen diese Regierungsallianz nicht den geringsten Vorwurf zu erheben vermag, daß sie gegen jene Grundlinien verstoßen habe. Gegen diese Inkonsequenz Dr. Wirths wenden wir uns. Dann allerdings auch gegen Ton und Form seines Kampfes, bei dem er, wie auch noch bemerkt werden muß, ganz geistlos und unbedacht läßt, daß es nicht die Schuld des Zentrums ist, daß die Sozialdemokratie heute außerhalb der Regierung steht. Wenn das Zentrum sich entschlossen hat,

mit der Rechten eine Regierung zu bilden, so hat es das doch keineswegs leichtsinnig getan. War es nicht Dr. Wirth selbst, der der standalösen Rede Scheidemanns im Reichstag entgegengetreten ist? Will er bestreiten, daß Reichskanzler Dr. Marx den sozialdemokratischen Wünschen bezüglich der Heeresreform entgegengekommen ist, als sie es erwarteten, daß sie aber trotzdem das Kabinett gestürzt haben? Man kann doch solche Vorkommnisse nicht einfach als ungeschickliche Betrachtungen. Dr. Wirth erhebt aber in Reichsbannerversammlungen gegen das Zentrum Vorwürfe, gegen das Verhalten der Sozialdemokraten im Reichstag indessen sagter leinen Ton. Auch in seiner Zeitschrift nicht. Das dünkt uns nicht gerecht.

Aber wenden wir uns wieder dem Artikel zu. Dr. Wirth gibt einige Versicherungen Friedrich Naumanns wieder und bemerkt im Anschluß daran, daß soziale Fürsorge, auch die bestmögliche, wohlbedachte, die Klassenbewegung des Proletariats nicht hemmen könne. Mit Gewalt wolle „die bürgerliche Schicht“ die Kr

beiter zurückdrängen. Das geht nicht. Dem stimmen wir, obwohl uns der Ausdruck „die bürgerliche Schicht“ nicht richtig gewählt erscheint, vollkommen zu. Das Zentrum hat in seinen parlamentarischen Vertretungen immer entsprechend gehandelt. Dr. Wirth erkennt das auch ausdrücklich an, indem er schreibt, die politischen Parteien, die das Werk von Weimar schufen, seien Ketter, Vollenber im modernen Emanzipationskampf der Arbeiter geworden. Aber, so fragt er weiter, „wo sind die Kräfte in der Zentrumsparlei, die mit uns, neben uns, gemeinsam mit uns das Werk von Weimar weiterführen?“ Und er antwortet: „Die Kräfte werden sich von links und rechts. Sie klopfen an das Tor unserer Partei. Wir werden nie allein stehend das Werk weiterführen können. Wir suchen und werden immer wieder Kombinationen suchen. Einzelnen werden Konflikte dabei nicht erspart bleiben.“ Dr. Wirth ist in solchen Konflikten geraten, und er wird seiner nicht durch Unterordnung unter die Mehrheit Herr. Aber geht nicht der Konflikt allein darauf zurück, daß die Linke versagt hat, auf die Wirth seine politischen Hoffnungen gestellt hat? Ist nicht, um seine Frage mit einer Gegenfrage zu beantworten, das Arbeitszeitgesetz, die Verlängerung des Republikanischen Wahlgesetzes, die Weiterführung des Gesetzes von Weimar? Es gibt gewiß unter den Zentrumsnationalen Männer, die darauf fassen, dieser staatspolitischen und sozialen Entwicklung in die Speichen zu fallen, aber kann dieser Vorwurf gegen die Politik der jetzigen Regierungsallianz erhoben werden?

Und nun der Schluß des Artikels. Wir zitieren ihn wörtlich: „Ich beneide den Parteivorstand nicht um sein Urteil. Ich nehme es zur Kenntnis. Nicht mehr! Es wird auch nicht mehr verlangt, und es wird dabei überleben, daß zwischen Abendung des Briefes (Marx an Wirth) und dessen Empfang eine ebenso aufrechte wie ernsthafte Aussprache des Herrn Dr. Marx mit mir liegt. Wie ich höre, hat Herr Dr. Marx über diese Unterredung nur im Parteivorstand mitgeteilt, daß wir „uneins“ geschieden sind. So ist es! Nach Empfang des Briefes war es mir absolut klar, daß der Brief nach Form und Inhalt der Auffassung der Frage der Orientierung der Deutschen Zentrumsparlei in den kommenden Wahlen sein mußte. Ich habe das Recht und die Pflicht, ihn so zu bewerten. Ich glaube sogar, daß meine Kritiken, wenn sie später über den Inhalt der Unterredung näher hören, zu einem ähnlichen Schluß kommen werden. Außerdem höre ich, daß der Brief in Berlin einer Anzahl Journalisten vorgelesen wurde. Die Möglichkeit meines Vorgehens beruht zum Teil auf einer Unkenntnis der näheren Umstände.“

Was zunächst den letzten Satz anlangt, so dürfte sich Dr. Wirth in einem Irrtum befinden. Es ist richtig, daß der Brief des Reichskanzlers in Berlin einigen Journalisten vorgelesen worden ist, aber erst zwei Tage, nachdem der „Reichsdienst der deutschen Presse“ Mitteilungen über den Inhalt des Briefes veröffentlicht hatte, nachdem also mit dem Brief bereits ein Mißbrauch getrieben worden war, für den zweifellos nicht Dr. Marx als spiritus rector angesprochen werden darf. Und was die Unterredung anlangt, die Marx mit Wirth hatte, so darf man darauf hinweisen, daß der Parteivorstand der Wiedergabe dieser Unterredung mit aller Ruhe entgegensehen kann. Er wird es aber wohl Dr. Wirth überlassen, den Vorwurf, den dieser ihm bei der Gelegenheit gemacht hat und der von ihm mit Entrüstung zurückgewiesen worden ist, der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Alles in allem kann man von dem Artikel Dr. Wirths nicht behaupten, daß er seine Opposition gegen die Politik der Reichstagsfraktion des Zentrums in einem anderen Lichte erscheinen ließe, als das bisher der Fall war. Er entkräftet nicht die Gründe, die zu dem Bedauern und der Mißbilligung des Parteivorstandes geführt haben. Er geht auch nicht mit einer Silbe auf die Erklärung der Badischen Zentrumsfraktion ein, auf die in dem Beschluss des Parteivorstandes ausdrücklich Bezug genommen wird, und er bleibt die Antwort auf den ihm in zahlreichen Zentrumsblättern gemachten Vorwurf der Inkonsequenz konsequent schuldig.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

■ Berlin, 8. Juni. Die deutsche Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist unter Führung des Ministerialdirektors Hoffe vom Reichswirtschaftsministerium gestern Abend zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Paris abgereist.

Die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

■ Paris, 8. Juni. Die deutsche Wirtschaftsdelegation, die unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hoffe steht, ist heute Nachmittag nach zweimonatiger Abwesenheit wieder in Paris eingetroffen. Die erste Sitzung wurde mit der französischen Wirtschaftsdelegation, der auch diesmal wieder Ministerialdirektor Gervais beisteht, um 10 Uhr abends im Hotel de la Paix eröffnet. Es wird allgemein angenommen, daß die Verhandlungen die Frage der Verlängerung des am 30. Juni d. J. ablaufenden Handelsprovisos

Die russisch-polnische Spannung.

Eine russische Note an Polen.

■ Moskau, 8. Juni. Die Sowjetregierung hat dem polnischen Gesandten in Moskau eine Note überreicht, in der sie darauf hinweist, daß sie die polnische Regierung wiederholt vor der Möglichkeit provokativer Verbrechen von Seiten russischer kommunistischer Terrororganisationen gewarnt habe. Sie bringt zum Ausdruck, daß die polnische Regierung die Verantwortung für die Ermordung des russischen Gesandten in Warschau nicht ablehnen könne, da sie es an den notwendigen Maßnahmen gegen solche verbrecherische Akte habe fehlen lassen. Gleichzeitig behält sie sich vor, nach Eintreffen erschöpfender Nachrichten auf diese Frage zurückzukommen.

In einer Mitteilung äußert die russische Gesandtschaft in Warschau die Annahme, daß das russische Telegramm, das die Durchbrechung der polnischen Grenze, von dritter Seite dem Mord mitgeteilt worden sei. Die russische Gesandtschaft sagt ferner, sie habe den Wunsch geäußert, bei der Voruntersuchung und beim Verhör des Täters durch ihren Rechtsberater Solowjew vertreten zu sein. Hieraus scheinen Schwierigkeiten erwachsen zu sollen.

Berliner Kommunismus und Sowjet-Politik.

Von unserer Berliner Redaktion.

■ Berlin, 8. Juni. (Draht.) Es ist zwar durchaus begreiflich, daß die Moskauer Regierung eine gebührende Zühne für die Mordtat sowie eine klare Aufklärung der Kuffen, hinter denen sich das Verbrechen abgespielt hat, verlangt. Andererseits aber erscheint es außerordentlich überflüssig, wenn in der scharfen russischen Note ohne jeglichen Beweis schon jetzt Zusammenhänge als bestehend angenommen werden, für die noch keineswegs eine stichhaltige Unterlage gegeben ist. Es war zum Beispiel mindestens überflüssig, daß Moskau den Verdacht ausdrückt, es sei bei den Vorgängen in China und in Polen die Hand Englands im Spiele gewesen. Daß dadurch eine Verurteilung der Atmosphäre Europas geschaffen würde, wird niemand behaupten wollen. Umso wichtiger berührt die zurichthaltende Stellungnahme, die der russische Außenminister Tschitscherin gegenüber dem Warschauer Aktivist an den Tag legte. In seiner Unterredung mit Dr. Stresemann sprach er die Überzeugung aus, daß der Warschauer Mord keine ernsthaften politischen Folgen zeitigen werde, wenn die polnische Regierung ihre volle Pflicht erfülle. Und es sei kaum daran zu zweifeln, daß letzteres der Fall sein wird. Ferner ist bemerkenswert, daß die russische Note trotz ihres aggressiven Tones vor allem nur für den Fall Drohungen ausstößt, daß sich für die Verantwortlichkeit Polens Anhaltspunkte ergäben.

Weit russischer als Rußland gebärdet sich aber die kommunistische „Note Fahne“ in Berlin, die sich darauf los folgendes behauptet: „Die polnische Regierung hat die Hand im Spiele und hat den Mord begünstigt.“ Wir betrachten die Wächterin in Warschau bekanntlich wahrlich nicht als Engel. Aber im Interesse der Wahrheit muß man doch die dreifache Drohung der „Note Fahne“ aufs schroffe zurückweisen. Wir müssen in diesem Falle durchaus dem „Vorwärts“ recht geben, der sich wie folgt äußert: „Wenn man irgendwo das kommunistische Zentralorgan politisch ernst nähme, müßte man derartige Verleumdungen als infame Kriegshetze bezeichnen. Immerhin ist es erstaunlich, daß die Berliner Sowjet-Wirtschaft, die einst das Kommando über die „Note Fahne“ hatte, es sich gefallen läßt, daß der russische Staatspolitik von der kommunistischen Parteipropaganda herab Knüttel zwischen die Beine geworfen werden. Aber vielleicht ist sie der Auffassung geworden, daß es für die Sowjet-Union politisch günstig ist, daß es für die Berliner kommunistische Organ tut oder unterläßt.“

Tschitscherins Besuch in Baden-Baden

■ Berlin, 8. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, hat die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Tschitscherin bei beiden Teilen außerordentliche Verriedigung hinterlassen. Entgegen vielfach herumgeschwirrten Mitteilungen, daß es sich bei dem Besuch Tschitscherins um einen besonderen aktuellen Anlaß gehandelt habe, teilt das Blatt mit, daß alle diese Nachrichten irrig sind. Irrend ein russischer Auftrag, wie vielfach behauptet wurde, sei nicht gestellt worden. Ueber den Inhalt der Besprechungen im Einzelnen bewahren beide Teile Stillschweigen. Das Blatt glaubt, daß im Mittelpunkt der Besprechungen namentlich die finanzielle Auswirkung des Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen gestanden habe. Tschitscherin gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß die bedauerliche Ermordung des russischen Gesandten in Warschau jedenfalls zu einer Erhöhung der Verhandlungssätze beider Länder nicht beitragen werde. Außenminister Dr. Stresemann wird, wie die „Vossische Zeitung“ weiter meldet, heute wieder in Berlin eintreffen und mit dem Reichskabinett das Ergebnis der Zusammenkunft mit dem russischen Außenminister Tschitscherin besprechen. Am Donnerstag wird dann die Kabinettsitzung stattfinden, in der die Richtlinien für die Gesandten Tagung des Völkertages festgelegt werden sollen.

Verhinderte Geldsammlung für den Altentäter.

■ Warschau, 8. Juni. Gestern Abend 10 Uhr wurde die Leiche des ermordeten Sowjetgesandten Wolkow unter dem Geleit des gesamten Personals der russischen Gesandtschaft und der russischen Handelsmission vom Spital in die Sowjetgesandtschaft gebracht. Das polnische Außenministerium hat versprochen, den Wolkow, der als Reichsvertreter der russischen Gesandtschaft bei der Ermordung des Mordopfers zur beabsichtigten Verurteilung hinzugezogen werden wird, an das polnische Justizministerium weiter zu leiten. Die Wolkow russische Emigrantenzeitung „Das neue Rußland“, zu der übrigens der Mörder ebenfalls Beziehung unterhält, veröffentlichte sofort nach der Ermordung des Sowjetgesandten eine Sonderausgabe, in der sie die Geldsammlung für den Mörder Kowderba aufrief. Das Blatt wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt.

Rußenverhaftungen in Warschau.

■ Berlin, 8. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Warschau meldet, haben die polnischen Sicherheitsbehörden in der vergangenen Nacht in Warschau und in Warschau Verhaftungen und Hausdurchsuchungen unter den russischen Emigranten vorgenommen. Zu den Verhafteten gehören prominente Persönlichkeiten aus den russischen Monarchistenkreisen.

Der polnische Gesandte in Moskau bei Litwinow.

■ Moskau, 8. Juni. Der polnische Gesandte Patat besuchte Litwinow, dem er im Auftrag der polnischen Regierung sein tiefes Beileid anlässlich der Ermordung Wolkows ausdrückte und das Verbrechen verurteilte. Patat teilte Litwinow mit, daß die Unterredung mit größter Energie geführt werden wird und die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden.

Bombenattentat in Leningrad.

■ Leningrad, 8. Juni. Gestern in später Abendstunde betrat ein Unbekannter den Saal des Gesellschaftsclubs, in dem eine Session des Leningrader Diskussionsklubs der kommunistischen Partei eine Mitgliederversammlung abhielt, und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosionen wurde der Saal zerstört und 26 Teilnehmer der Versammlung erheblich verwundet, so daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Außerdem gab es einige leichter Verletzte. Die beiden Täter, die ihren Auszug mit Revolvergeschüssen bedien, entkamen.

